

Solidarität mit LGBTIQ+: Österreich fordert Druck auf Ungarn!

SPÖ fordert Solidarität mit der LGBTIQ+ Community in Ungarn angesichts geplanter PRIDE-Demo-Verbote.
Demonstration am 20.03.2025.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Ein intensiver Konflikt über die Rechte der LGBTIQ+ Community entfaltet sich in Ungarn. Der ungarische Rechtsausschuss diskutiert einen Gesetzesvorschlag, der die Organisatoren und Teilnehmer von PRIDE-Demonstrationen strafrechtlich verfolgen könnte. Dies berichtet **ots.at**. Der SPÖ-Gleichbehandlungssprecher Mario Lindner bezeichnet diesen Schritt als „Frontalangriff auf die Grundprinzipien der EU“ und fordert entschiedenere Maßnahmen von Seiten der EU-Staaten. Die unmittelbaren Konsequenzen des Gesetzes könnten zur Unterdrückung von Menschenrechten in Ungarn führen, während Österreich seine Unterstützung für die LGBTIQ+ Community in der Nachbarregion verstärken sollte.

Seit der Machtübernahme der schwarz-grünen Regierung in Österreich ist die LGBTIQ+ Community mit einer stagnierenden Politik konfrontiert. Daraus ergeben sich wachsende Spannungen, die sich in einem Anstieg von Hassverbrechen gegen queere Menschen niederschlagen. [ggg.at](http://www.ggg.at) berichtet von der unzureichenden Reaktion der aktuellen Regierung auf diese Herausforderungen. Sofortige Maßnahmen zur Eindämmung solcher Verbrechen scheinen weiterhin notwendig, um einen Rückstand in den Menschenrechten in Westeuropa aufzuholen. Trotz der massiven Blockaden, die der ÖVP als Hauptverursacher zugeschrieben werden, konnten einige Fortschritte, wie die diskriminierungsfreie Blutspende und der Schutz intergeschlechtlicher Kinder, erreicht werden. Diese Erfolge sind jedoch auf den Druck der Zivilgesellschaft und interfraktionale Zusammenarbeit zurückzuführen.

Die Dringlichkeit von Veränderungen

Die Situation ist alarmierend. Drohungen gegen Grundrechte stehen im Raum, während gleichzeitig der Druck aus der Zivilgesellschaft in Österreich nach wie vor nicht ausreicht, um tiefgreifende Veränderungen durchzusetzen. Lindner und andere Aktivisten warnen davor, dass ähnliche Zustände, wie sie in Ungarn herrschen, auch in Österreich Einzug halten könnten, sollte keine klare Position gegen diese Angriffe auf Menschenrechte bezogen werden. Es ist essenziell, dass österreichische Politiker nicht nur Solidarität bekunden, sondern auch politische Maßnahmen ergreifen, die die Rechte der LGBTIQ+ Community aktiv schützen und fördern.

Details	
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.ggg.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at